

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

05.05.2023

Inhalt

EWN

- 1 | **Juso-Chef von MV fädelt LNG-Petition ein**
Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 05.05.2023 3
- 2 | **Umweltministerin Lemke zum maroden Lager Asse: „Es hat Priorität, dass der Müll hier raus muss“**
GoettingerTageblatt.de, 04.05.2023 5

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 05.05.2023 | S. 17

 Auflage: 25.909 | Reichweite: 70.189

 Martina Rathke

ENERGIEPOLITIK

Juso-Chef von MV fädelt LNG-Petition ein

Der Binzer Marvin Müller stellt sich damit gegen Kanzler Scholz und die SPD-Spitze / Am 8. Mai wird er im Petitionsausschuss angehört

Petition 146839, Off-Shore Energie: Am 27. Februar drückt der Binzer Marvin Müller auf die Enter-Taste seines Laptops, um die Petition gegen die Aufnahme Rügens in das LNG-Beschleunigungsgesetz an den Bundestag zu senden. Müller (SPD), jüngster Gemeindevertreter im Ostseebad, tritt in diesem Moment eine Welle los, von der er nicht ahnt, dass sie von der Insel Rügen bis in den Süden Deutschlands schwappen wird.

Vier Tage zuvor hatte die Gemeindevertretung darüber beraten, wie man auf die LNG-Pläne des Bundes reagiert: Nach einer Schockstarre, in die der Energiekonzern RWE die Ostseebäder am 24. Januar mit der Vorstellung des Projektes versetzt hatte, begann sich eine Kampagne abzuzeichnen. Das Motto: „LNG - Leider nicht geil.“ Cooler Spruch, findet auch Müller. Doch reicht das aus, um die Pläne des Bundes zu stoppen?

Müller sucht sich Verbündete, will das Thema dort platzieren, wo Veränderungen noch möglich erscheinen. Im Bundestag. Innerhalb von drei Tagen verfassen sie einen Text. Müller unterzeichnet das Schriftstück als Petent (Einreicher). Mehr als 61 000 Unterschriften werden am Ende der Zeichnungsfrist zusammenkommen. „11 000 Unterzeichner über den Durst, das habe ich nicht erwartet“, ist er noch heute erstaunt. Am 8. Mai legt er vor dem Petitionsausschuss in Berlin dar, warum ein LNG-Terminal nicht zu Rügen passt.

Müller kennt das politische Geschäft. Seit 2021 führt er den Juso-Landesverband, der immer ein Stück weit linker als die Parteispitze ist. Dass er sich mit seinem Nein zu LNG gegen SPD-Kanzler Olaf Scholz und Bundesvorsitzende Saskia Esken stellt, juckt den 22-Jährigen nicht. „Die Jusos sind nicht dafür bekannt, unkritisch die Linie der Parteispitze in Berlin zu vertreten.“ Widerspruch und Reibung statt Mitläufertum.

Er ist nicht der einzige Sozialdemokrat, der das Vorhaben offen ablehnt. Auch Erik von Malottki, linker Parteirebell und Bundestagsabgeordneter aus Vorpommern, stemmt sich gegen das Vorgehen der Bundesregierung. Viele Fragen seien ungeklärt, sagt Erik von Malottki. Vor allem die, ob das Terminal für die Versorgungssicherheit überhaupt noch notwendig sei.

Müller, der in Greifswald Lehramt studiert, geht es um sein Zuhause. Auf Rügen geboren, in Binz zwischen den mächtigen Buchen der Granitz und dem Strand aufgewachsen. „Wenn ich anderen erzähle, dass ich als Kind nur fünf Minuten zur Ostsee laufen musste, dann können die das nicht glauben.“ Verträge der Greifswalder Bodden, Hauptlaichgebiet des Herings, eine weitere Pipeline? Was ist mit möglichen Chlorleitungen der Regasifizierungsschiffe in die Ostsee? Müller macht sich Sorgen. Nicht nur um seine Heimat, sondern auch um die Demokratie.

Das LNG-Beschleunigungsgesetz schränke Beteiligungsrechte ein. Eine umfassende Umweltverträglichkeitsprüfung? Im neuen Deutschland-Tempo nicht vorgesehen. „Wie schaffen wir es, bei Großprojekten in beschleunigten Verfahren demokratische Mitbestimmungsrechte nicht zu beschneiden“, fragt er. Eine Antwort hat er noch nicht gefunden. Aber genau diese Debatte müsse geführt werden. Damit auch im Zeitenwende-Deutschland Demokratie und Mitbestimmung weiter zählen. Die Bundesregierung hat ihre LNG-Pläne suboptimal kommuniziert. Und sie sei der Insel noch heute Antworten schuldig, meint er. Wie groß soll das Terminal werden? Wo soll es entstehen? Offshore weit draußen vor der Küste oder onshore im Hafen Mukran? Wie lange soll es betrieben werden? Die Frage, ob das Terminal für die Versorgungssicherheit noch erforderlich ist, haben Kanzler Scholz und Wirtschaftsminister Habeck bei ihrem Besuch vor zwei Wochen in Binz nicht beantwortet. „Ich erwarte Antworten“, sagt Müller. Die Situation habe sich grundle-

gend verändert. Bundestagsmehrheiten für das LNG-Beschleunigungsgesetz seien nicht mehr sicher. Das hofft er für Rügen.

Das Habeck-Ministerium wartet auf die Benennung eines Standortes aus Schwerin. Doch die Landesregierung unter Manuela Schwesig (SPD), die vor einem Jahr noch eindringlich für ein LNG-Terminal in der Ostsee geworben hat, schweigt. Der Widerstand landesweit ist groß. Ein Teil des Protestes ist Müller, der Juso-Landeschef.

Der Student steht am Strand, im Rücken die Seebrücke und schaut aufs Meer. „Berlin muss verstehen, dass Rügen im Gegensatz zu Wilhelmshaven und Brunsbüttel kein Industriestandort ist.“ Als Sprungbrett in die Berufspolitik will er sein Engagement nicht benutzen, sagt er. „In meiner aktuellen Lebensplanung kommt ein Wechsel nicht vor.“ Gerade hat Müller ein Praktikum in einer Schule auf Rügen absolviert. „Der Lehrerjob erfüllt mich. Das ist genau das, was ich machen möchte.“

Umweltministerin Lemke zum maroden Lager Asse: „Es hat Priorität, dass der Müll hier raus muss“

In dem maroden Bergwerk Asse (Landkreis Wolfenbüttel) liegen rund 47.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktive Abfälle. Durch Risse dringt Wasser ein und der Berg bewegt sich. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat sich jetzt die Lage vor Ort angesehen und sich der Kritik der Anwohnenden gestellt.

Remlingen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat sich am Donnerstag im Zwischenlagerstreit der Kritik der Anwohnenden und Bürgerinitiativen am Lager Asse (Landkreis Wolfenbüttel) gestellt. Eine neue Lösung in der Frage, was mit den 47.000 Kubikmetern schwach- und mittelradioaktiven Abfällen aus dem maroden Bergwerk passieren kann, hatte die Grünen-Politikerin nicht dabei.

„Wenn ich ein alternatives Zwischenlager in der Tasche hätte, hätte ich es heute mitgebracht, aber ich habe es nicht im Gepäck“, erklärte die Umweltministerin. Es habe Priorität, dass dieser Atommüll rausmüsse. Das habe sie während ihres Besuchs im Bergwerk eindrücklich und bedrückend vor Augen geführt bekommen.

Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) im Gespräch mit dem Technischen Geschäftsführer der BGE, Thomas Lautsch. Darüber tropft das Wasser in die Asse.

Asse ist nicht stabil – und Wasser dringt ein

Das Problem: Das ehemalige Salzbergwerk ist nicht stabil. Das Deckgebirge bewegt sich quasi in das Bergwerk hinein, durch Risse dringt immer wieder salzhaltiges Wasser ein. Daher hat der Bundestag beschlossen, den radioaktiven Abfall aus der Asse möglichst schnell zu bergen.

Die Zeit drängt. „Bis 2050 kann das Ganze hier absaufen“, sagt Thomas Lautsch, der technische Geschäftsführer der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) während des Besuchs der Ministerin im Bergwerk. Denn durch das einlaufende Wasser und die Bewegung im Berg entstünden verschiedene „Unwägbar-

keiten“. Und das könnte Konsequenzen mit sich bringen, die aktuell noch nicht absehbar sind – zum Beispiel, dass letztlich Grundwasser radioaktiv kontaminiert werde.

Wohin mit dem Atommüll aus der Asse?

Doch bisher ist unklar, wo der Atommüll hinsoll, sobald er aus der Asse geholt wurde. Eigentlich gibt es den Plan eines Zwischenlagers in unmittelbarer Nähe. Doch dies sorgt in der betroffenen Region für heftige Kritik und führte zuletzt sogar dazu, dass ein kritischer Begleitprozess beendet wurde.

„Es geht um die ernsthafte Frage: Wie kommt man auf die Idee, aus einem instabilen Berg Atommüll rauszubringen und dann auf diesem Berg zu platzieren“, erklärte ein Anwohner während der Bürgerversammlung mit der Bundesministerin im zwei Kilometer vom Bergwerk Asse entfernten Remlingen. „Das ist definitiv nicht der beste Standort, es ist vielleicht der schnellste“, erklärte Dirk Neumann (parteilos), Bürgermeister der Samtgemeinde Elm-Asse. Er erneuerte die Forderung nach einem fairen Auswahlverfahren für das neue Zwischenlager nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten nah und fern der Asse.

Atommüll auf „unverantwortliche Weise“ eingelagert

Doch durch eine erneute Suche würde erneut mehr Zeit verstreichen, während weiter Wasser in das Bergwerk sickert – und auch ein Endlager weiter nicht in Sicht ist. „Ich weiß, dass das ungerecht ist“, sagte die Grünen-Politikerin. Man habe jetzt den „Schlamassel“, dass hier auf „unverantwortliche Weise Atommüll eingelagert wurde“, und damit müsse man umgehen.